



Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

Dienstag, 18. Juli 1978

Blatt 1782

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Bereits über FS
ausgesendet:
(violett)

Graz: "Profil" im Dienste des Wahlkampfes

Kommunal:
(rosa)

Endspurt bei der Erdgasumstellung
Wirtschaftsentwicklung Wiens in Broschürenform
Dokumentation zu den Berichten des "Profil"
Erklärung von Stadtrat a.D. Hintschig

Lokal:
(orange)

Erdbergstraße 37 und 39: freiwillige oder
zwangsweise Säuberung

Nur über FS:

Internationale Jugendtheatertage: Aufführungs-
ort verlegt

.....
bereits am 17. juli 1978 ueber fernschreiber ausgesendet
.....

k o m m u n a l :
=====

gratz: "profil" im dienste des wahlkampfes

8 wien, 17.7. (rk) zu den verdaechtigungen der zeitschrift "profil" erklaert buergermeister leopold g r a t z gegenueber der "rathaus-korrespondenz": "diese zeitschrift, die davon lebt, woechentlich den skandal des jahres zu erfinden, hat sich nunmehr eindeutig in die wahlkampflika gegen wien eingereiht. in der montag erschienenen ausgabe werden beschuldigungen gegen eine reihe von funktionaeren und beamte der stadt wien erhoben. als ein reporter der zeitschrift vor einigen wochen dem wiener kontrollamtsdirektor andeutungen ueber eine bevorstehende kampagne in dieser richtung machte, forderte ihn der kontrollamtsdirektor mit meiner zustimmung auf, alle in seinem besitz befindlichen unterlagen sofort dem staatsanwalt zu uebergeben.

ich werde allen funktionaeren und beamten der stadt wien, die von dieser zeitschrift verleumdet werden, volle rechtshilfe gewahren, um ihre ehre zu schuetzen. ein abdruck oder eine weitergabe dieser verleumdungen kann nicht durch den vorwand des guten glaubens entschuldigt werden. im gerichtlichen verfahren koennen auch die methoden des reporters zur sprache kommen, der immer wieder von beamten informationen mit der drohung erpressen will, sonst ueber sie negativ zu berichten beziehungsweise unzu koemmligkeiten zu behaupten.

das hoechste gut meiner mitarbeiter, ihre persoentliche ehre, schaetze ich zu hoch ein, um sie den wahlkampf- oder skandalambitionen der zeitschrift 'profil' zu opfern", schloss gratz.

(red)

k o m m u n a l :

=====

endspurt bei erdgasumstellung

1 wien, 18.7. (rk) mit riesenschritten naehert sich die erdgasumstellung ihrem ende. nur noch knapp 10.000 kunden - und zwar im wesentlichen in dem gebiet zwischen handelskai und dresdner strasse im 20. bezirk - muessen umgestellt werden. insgesamt wurden bereits weit mehr als 750.000 haushalte und betriebe mit ca. 1,5 millionen geraeten auf erdgasversorgung umgestellt. in kaisermuehlen war im september 1970 mit der erdgasumstellung begonnen worden. genau acht jahre spaeter, im september 1978, wird sie in der brigittenau abgeschlossen. urspruenglich hatte man mit einer umstelldauer von 15 jahren gerechnet. das umstelltempo konnte jedoch wesentlich gesteigert werden.

da erdgas einen hoeheren heizwert als stadtgas hat, konnte durch die erdgasumstellung die kapazitaet des wiener gasrohrnetzes verdoppelt werden. dadurch war es moeglich, fast alle in den letzten jahren gestellten heizgasantraege zu bewilligen. (ger)

0846

k o m m u n a l :

=====

wirtschaftsentwicklung wiens in broschuerenform
industrieflaechen im sueden und norden konzentriert

2 wien, 18.7. (rk) ein weiterer abschnitt des stadtentwicklungsplanes, das kapitel "wirtschaft und finanzen" wird demnaechst als broschuere erscheinen und interessenten zugesandt. der band enthaelt eine exakte strukturanalyse der wiener wirtschaft, eine bestandsaufnahme der finanzsituation, prognosen und entwicklungstendenzen sowie ziele fuer die zukuenftige wirtschaftliche entwicklung wiens.

aus dem zahlenmaterial geht beispielsweise hervor, dass die wiener randbezirke in den jahren 1961 bis 1971 einen hohen zuwachs an gewerbe- und industrieflaechen verzeichneten. von rund 320 hektar neugeschaffenen gewerbe- und industrieflaechen entfielen mehr als die haelfte (55 prozent) auf den 2., 10., 11. und 23. bezirk, rund 36 prozent auf den 21. und 22. bezirk. die uebrigen bezirke wiens wiesen im vergleich dazu nur geringfuegige zunahmen oder auch abnahmen auf. 1971 umfassten die randbezirke insgesamt 70 prozent der 2.057 hektar grossen gewerbe- und industrieflaeche wiens, um 15 prozent mehr als 1961.

die raeumliche ausdehnung der betriebs- und industrieansiedlungen schlug sich auch in der verteilung der arbeitsplaetze nieder. zwar weisen die bezirke innerhalb des guertels im vergleich zu ihrer einwohnerzahl noch immer einen unvergleichlich hoeheren anteil an arbeitsstaetten auf - in der inneren stadt arbeiten 142 123 (18,3 prozent) aller beschaeftigten - aber laut statistik holen die randbezirke auf. der zehnte bezirk liegt mit 47.711 beschaeftigten (6,2 prozent) bereits an dritter stelle.

juengste massnahmen, wie etwa der strukturplan der draschegrunde, der 9.500 zusaetzliche arbeitsplaetze im 23. bezirk vorsieht, unterstreichen die hauptziele des stadtentwicklungsplanes, einerseits arbeitsplaetze grundsaeztlich zu sichern und andererseits arbeitsplaetze in den entwicklungachsen zu schaffen. (ba)

L O K A L :

=====

erdbergstrasse 37 und 39: freiwillige oder zwangsweise saeuberung

5 wien, 18.7. (rk) der besitzer der haeuser 3, erdbergstrasse 37 und 39, muss die beiden gebaeude bis heute, dienstag, vollstaendig saeubern, sonst wird die ersatzvornahme zur zwangsweisen reinigung der beiden haeuser durchgefuehrt: diesen auftrag erteilte das magistratische bezirksamt fuer den 3. bezirk.

die beiden haeuser erdbergstrasse 37 und 39 werden vom hauseigentuemern seit einiger zeit an gastarbeiter vermietet. durch die mangelnde reinhaltung der gebaeude sind nun sicherheit und gesundheit von menschen gefaehrdet: im keller und in den hoefen liegen speisereste und unrat aller art, auch die dachboeden muessen gesaeubert werden.

entsprechend der verordnung zur reinhaltung von gebaeuden und innenhoefen wurde daher dem hauseigentuemern der auftrag erteilt, stiegenhaus, gaenge, dachboden, keller und innenhof der beiden haeuser innerhalb eines tages vollstaendig zu saeubern und auch sauber zu erhalten. sollte der besitzer der haeuser erdbergstrasse 37 und 39 diesem auftrag nicht folgen, so wird die ersatzvornahme und damit die zwangsweise saeuberung durchgefuehrt werden. die reinhalteverordnung bietet in diesem fall ausserdem die moeglichkeit, die weitere benuetzung der wohnungen und sonstigen unterkuenfte - auch in den geschaeftslokalen wurden gastarbeiter einquartiert, ein entsprechendes strafverfahren gegen den hauseigentuemern laeuft bereits - der sanitaeren anlagen, der innehoefe usw. zu verbieten. notfalls kann auch die raemung angeordnet werden. (hs) (forts)

k o m m u n a l :

=====

dokumentation zu den berichten des "profil"

=++++

6 wien, 18.7. (rk) in einem "profil"-artikel werden einzelne saetze aus schriftstuecken zitiert, die aus dem zusammenhang gerissen sind und daher die tatsachen verzerren. damit sich insbesondere die kolleginnen und kollegen ueber die tatsaechlichen vorgeaenge informieren koennen, veroeffentlicht die "rathaus-korrespondenz" die betreffenden schriftstuecke in vollem wortlaut.

schriftstueck 1

am 25. april 1978 sprach herbert d e r f l e r bei bundeskanzler dr. k r e i s k y vor. der bundeskanzler diktierete daerueber folgende aktennotiz: "herr herbert d e r f l e r , konsulent, rief mich vor einigen tagen an, unter berufung auf seine mitgliedschaft bei der sozialistischen partei, um mir in meiner eigenschaft als parteivorsitzender eine beschwerde gegen die gemeinde wien, respektive gegen die gesiba, vorzutragen. ich habe herrn derfler die moeglichkeit zu einer aussprache gegeben, bei der er mir ueber transaktionen der gesiba mitteilung machte, die mir, als ein in diesen dingen nicht bewandertes, jedenfalls den eindruck machten, dass es sich um geschaeftliche aeusserst bedenklicher natur handle. herr derfler machte mich darauf aufmerksam, dass er in einem geschaeftsfall um millionen geprellt wurde und daher forderungen gegenueber der gemeinde wien habe und klagen muesse. er befuerchte, dass, wenn er das tue, zusammenhaenge aufgedeckt werden, die aeusserst bedenklicher natur waeren. ich reagierte darauf in folgender weise: ich koenne es persoendlich nicht verantworten, von bedenklichen zusammenhaengen zu erfahren, ohne dass ich die verantwortlichen darauf aufmerksam mache und dass ich herrn derfler nicht davon abhalten kann, auch nicht abhalten will, den klageweg zu beschreiten, auch wenn dadurch zusammenhaenge enthuehlt werden, die "unangenehm" fuer irgend jemanden waeren. ich kann mich nur als ein mit der sache nicht befasster, die zusammenhaenge nicht kennender, fuer eine untersuchung in der schaerfsten form aussprechen, bei der nichts verhuehlt und nichts verborgen bleiben darf, was ungesetzlicher art

waere. dies ist meine stellungnahme gewesen, und diese niederschrift habe ich meiner mitarbeiterin, frau margit schmidt, in anwesenheit des herrn derfler diktiert.

ich habe weiters mitgeteilt, dass ich unverzueglich den buergermeister von wien von diesem heutigen gespraech informieren werde. herrn derfler, der mir sagte, er wuensche ein gespraech mit buergermeister gratz, kann ich in diesem zusammenhang nichts anderes versprechen, als hievon im obgenannten sinn mitteilung zu machen und den wunsch des herrn derfler zur kenntnis zu bringen. allerdings werde ich dem buergermeister meinen standpunkt als nicht-beteiligter sagen.

wien, am 25. april 1978".

schriftstueck 2

noch am gleichen tag leitete bundeskanzler dr. kreisky diese aktennotiz an buergermeister leopold gratz weiter. ebenfalls noch am gleichen tag gab buergermeister g r a t z diese aktennotiz an kontrollamtsdirektor dr. fritz d e l a b r o weiter, mit folgendem begleitschreiben:

"sehr geehrter herr kontrollamtsdirektor (rufz)

bundeskanzler dr. kreisky hat mir soeben die von ihm selbst verfasste und unterzeichnete aktennotiz ueber ein gespraech mit herrn herbert derfler uebergeben. ich ersuche sie, herrn derfler zu fragen, ob er bereit ist, ihnen gegenueber die aussagen, die er bei bundeskanzler dr. kreisky machte, in detaillierter form zu wiederholen und auch zu belegen. ich ersuche sie, herrn derfler mitzuteilen, dass ich diesen weg waehle, weil er der richtige weg ist, um behauptete unzuakoemlichkeiten zu untersuchen."

schriftstueck 3

bereits am naechsten tag, am 26. april, sprach kontrollamtsdirektor dr. d e l a b r o mit herbert d e r f l e r . er berichtete darueber schriftlich dem buergermeister:

"ihrem ersuchen entsprechend, habe ich am 26. april 1978 in meinem amte mit herrn herbert derfler gesprochen und ihn ersucht, seine aussagen bei herrn bundeskanzler dr. bruno kreisky in detaillierter form zu wiederholen und zu belegen.

das ergebnis dieses gespraeches brachte fuer mich keine grundlage fuer die einleitung eines gesonderten zielfuehrenden pruefverfahrens, da herr herbert derfler nicht gewillt war, wenigstens einige konkrete hinweise auf behauptete unregelmaessigkeiten der gesiba (oder fertigteilbau) zu geben.

von diesem sachverhalt habe ich, ihrem wunsche entsprechend, herrn bundeskanzler dr. bruno kreisky informiert und erlaube mir, eine diesbezugliche durchschrift zur gefaelligen kenntnisnahme zu uebermitteln."

schriftstueck 4

der hier erwaehnte brief an bundeskanzler dr. k r e i s k y hat folgenden wortlaut:

"sehr geehrter herr bundeskanzler (rufz)

wie ich ihnen bereits anlaesslich der eroeffnung des staedte-tages mitteilen konnte, habe ich auf ersuchen des herrn buergermeisters mit herrn derfler gesprochen.

er teilte mir mit, dass ihm aus grundstuecksgeschaeften (tamariskeweg) mit tochtergesellschaften der wiener holding (gesiba bzw. fertigteilbau) provisionen von rund 2 mio. s zustuenden, die ihm jedoch vorenthalten werden. der vorsitzende des vorstandes der wiener holding (wiener allgemeine beteiligungs- und verwaltungsgesellschaft m.b.h. - kurzform wabvg), herr generaldirektor dr. machtl, habe ihm lediglich zugesichert, seine provisionsansprueche

18. juli 1978

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1790

zu pruefen, wenn er die hiefuer erforderlichen unterlagen zur ein-sichtnahme vorlege. daraus leite er zwar fuer sich eine gewisse hoffnung ab, betone jedoch, dass ihm an einer beschreitung des rechtsweges aus verschiedenen gruenden nicht gelegen sei. in beider-seitigem interesse solle vielmehr ein aussergerichtlicher vergleich angestrebt werden. hiezue erwarte er sich vom kontrollamt eine hilfe-stellung, wofuer er sich durch bekanntgabe ''wertvoller und inter-essanter mitteilungen'' erkenntlich zeigen koenne. letzteres sei ihm allerdings erst dann moeglich, wenn er seine eigenen inter-essen dadurch nicht mehr gefaehrdet sehe.

ich erklaerte ihm, dass das kontrollamt auf grund seiner ver-fassungsmaessigen stellung keine moeglichkeit habe, ihm bei der durchsetzung seiner rechtsansprueche zu helfen und dass er mit seiner vorsprache bei generaldirektor dr. machtl ohnedies bereits den richtigen weg eingeschlagen habe. falls die wabvg den provisions-anspruch nicht anerkenne, so muesse er, sofern er weiterhin von seinem anspruch ueberzeugt sei, den klageweg beschreiten.

beuegliche der herrn derfler im rahmen seiner geschaeftstaetig-keit mit der gesiba angeblich bekannt gewordenen sachverhalte bat ich um mitteilung konkreter naeherer details. herr derfler vermeinte nun, dass er sich hiezue vorerst noch einiger zeugen zu versichern habe und auch noch ergaenzende informationen beschaffen muesse. im uebrigen wolle er jedoch nochmals darauf hinweisen, dass er diesbeuegliche konkrete auskuenfte erst geben koenne, wenn general-direktor dr. machtl in seiner angelegenheit wohlwollen gezeitigt habe. er werde daher nochmals bei diesem vorsprechen.

unmittelbar nach der verabschiedung nahm ich kontakt mit herrn generaldirektor dr. machtl auf, der mir im wesentlichen mitteilte, dass er keinesfalls herrn derfler hoffnungen machte, da dieser auf grund des gegebenen sachverhaltes kaum mit einer provision rechnen koenne. er werde jedoch nochmals mit herrn derfler sprechen und ihm den rechtsstandpunkt der holding auseinandersetzen.

persoenlich habe ich nach der aussprache mit herrn derfler den eindruck gewonnen, dass dieser alles versucht, eine nach seiner

./.

meinung ihm vorenthalte provision unter einschaltung hoechster persoenlichkeiten trotz nicht eindeutig gegebener rechtslage zu- mindest im kompromissweg zu erhalten. seine andeutung auf moegliche "unannehmlichkeiten" als konsequenz etwaiger von ihm einzuleiten- der rechtlicher schritte bietet mir keine grundlage fuer die ein- leitung eines gesonderten zielfuehrenden pruefverfahrens. herr derfler war naemlich bis jetzt nicht gewillt, wenigstens einige konkrete hinweise auf behauptete unregelmaessigkeiten bei der gesiba (oder fertigteilbau) zu geben.

ich kann daher im gegenwaertigen zeitpunkt die unkonkreten ' andeutungen' des herrn derfler nur als 'hilfsmittel' zur durch- setzung seiner eigenen interessen werten, die der aufdeckung oder abstellung von unregelmaessigkeiten aber nicht dienlich sind.

sollte herr derfler, wie er in aussicht stellte, noch einmal im kontrollamt vorsprechen und mir genauere angaben ueber etwaige ordnungswidrigkeiten in den vom kontrollamt geprueften einrichtungen geben, darf ich ihnen, sehr geehrter herr bundeskanzler, versichern, dass ich jedem solchen hinweis selbstverstaendlich mit aller strenge und sorgfalt nachgehen werde.

ich hoffe, ihnen, sehr geehrter herr bundeskanzler, mit meinen in dieser angelegenheit durchgefuehrten ermittlungen gedient zu haben."

schriftstueck 5

am 29. juni wandte sich ing. w o r m vom "profil" tele- fonisch in der gleichen sache an kontrollamtsdirektor dr. d e l a b r o . am tag darauf richtete der kontrollamtsdirektor folgenden brief an ing. worm:

"sehr geehrter herr ing. worm (rufz)

ich sehe mich doch veranlasst, auf ihren anruf von gestern zu- rueckzukommen. sie haben bei diesem gespraech die meinung vertreten, dass das kontrollamt in angelegenheiten 'grundstueckskaeufe oder

./.

grundstueckstransaktionen, insbesondere im zusammenhang mit den marce polo-gruenden' entweder ungeeignete erhebungen durchgefuehrt hat oder bewusst zu tage gekommene unzu koemlichkeiten verschwiegen hat. sie haben in diesem gespraech darauf hingewiesen, dass sie besitzer von informationen und unterlagen sind, die auf unregelmassigkeiten bei diesen transaktionen schliessen lassen. in diesem gespraech kam zu tage, dass sie diese informationen anscheinend von der gleichen person erhalten haben, die auch bereits im kontrollamt vorstellig geworden ist, und sie haben mir auch mitgeteilt, dass diese person nicht mehr - wie angekuendigt - zu weiteren untermauerten auskuenften im kontrollamt erscheinen wird, da sie sich in dieser frage inzwischen vorgeschaltet haben.

ich darf sie darauf aufmerksam machen, dass die mir in gegenwart von mehreren mitarbeitern des kontrollamtes bisher gegebenen auskuenfte beziehungsweise der kurze einblick in vorgelegte schriftstuecke keine geeigneten unterlagen dafuer gewesen sind, um mit gezielten pruefhandlungen gegen bedienstete der stadt wien vorzugehen. ueberdies moechte ich ausdruecklich feststellen, dass das kontrollamt keine moeglichkeit hat, gegen personen pruefhandlungen zu setzen, die ausserhalb des magistrats der stadt wien stehen. sollten sie, sehr geehrter herr ingenieur, ueber unterlagen verfuegen, die auf strafbare handlungen schliessen lassen, so darf ich sie auffordern, ihrer staatsbuengerlichen pflicht nachzukommen und die entsprechende anzeige bei der staatsanwaltschaft als der fuer die verfolgung solcher vergehen zustaeendigen behoerde zu erstatten''.

weder herbert derfler noch ing. worm haben bisher auf die aufforderung reagiert, irgendwelche konkrete beschuldigungen oder tatsachen mitzuteilen. ohne solche hinweise sind weder weitere untersuchungen noch andere massnahmen moeglich. gegen pauschalverdaechtigungen, denen jeder schatten einer konkreten beschuldigung fehlt, werden die notwendigen schritte eingeleitet. (red)

18. juli 1978

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1793

k o m m u n a l :

=====

erklaerung von stadtrat a.d. hintschig

11 wien, 18.7. (rk) stadtrat a.d. gemeinderat dkfm. alfred
h i n t s c h i g , der sich derzeit auf urlaub befindet, ersuchte
die ''rathaus-korrespondenz'' um die uebermittlung folgender er-
klaerung:

''in der zeitschrift 'profil' werden angebliche aeusserungen
von mir zitiert, die in ihrem wesentlichen inhalt frei erfunden sind.
ich weise mit allem nachdruck die behauptung zurueck, dass ich
gegenueber irgendeiner person irgendwelche verdaechtigungen gaeus-
sert habe. insbesondere verwahre ich mich dagegen, dass ich jemals
den verdacht gaeussert habe, im zusammenhang mit angeblichen
' planungsbesprechungen' bei stadtrat hofmann seien unkorrektheiten
moeglich gewesen. solche planungsbesprechungen oder andere be-
sprechungen, die man unter dieser bezeichnung verstehen koennte,
haben unter teilnahme von politikern niemals stattgefunden. es gab
lediglich die routinemaessigen grundstuecksbesprechungen auf beamten-
ebene. ich habe aber auch im zusammenhang mit diesen besprechungen
keinen anlass, irgendjemanden zu verdaechtigen oder gar einen ent-
sprechenden verdacht zu aeussern. die wiedergabe meiner angeblichen
aeusserungen im 'profil' ist auch in einzelheiten falsch, insbe-
sondere, was die angefuehrten namen betrifft. ich behalte mir
alle erforderlichen schritte gegen diese unterstellungen vor.''

L o k a l :

=====

erdbergstrasse 37 und 39: freiwillige oder zwangsweise saeuberung (2)

12 wien, 18.7. (rk) wie gesundheitsstadtrat univ.-prof. dr. alois
s t a c h e r in diesem zusammenhang bekanntgab, sei ueber seine
weisung bereits im maerz dieses jahres vom gesundheitsamt eine sani-
taetsbehoerdliche ueberpruefung dieser beiden haeuser durchgefuehrt
worden. dabei wurden schwere sanitaere uebelstaende und eine ver-
mehrte rattenplage festgestellt. dies wurde den zustaeudigen stellen
gleichzeitig mit dem ersuchen uebermittelt, massnahmen gegen die da-
fuer verantwortliche gebaeudeverwaltung zu ergreifen.

nach meinung des gesundheitsstadtrats bietet gerade die fuer
derartige zwecke geschaffene verordnung die moeglichkeit, mit rigo-
rosen massnahmen gegen solche sanitaere uebelstaende vorzugehen.

(zi) (schluss)

1313